

**25. März 1971: Bericht des stellv. Vorsitzenden des KGB, V. M. Čebrikov, an das ZK der KPdSU über die Einschätzung des Außenministers der BRD, W. Scheel, zu Perspektiven für eine Ratifizierung des Moskauer Vertrages\***

Streng geheim

Aus den vorliegenden Angaben geht hervor, dass der Bundesminister des Auswärtigen der BRD, Scheel, in einem Privatgespräch im Februar dieses Jahres folgende Einschätzung der Perspektiven für eine Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD vorgenommen hat.

Die sowjetische Regierung sei über die im Zusammenhang mit der Frage der Vertragsratifizierung eingetretene Lage in der BRD offensichtlich enttäuscht. Zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung hätten beide Regierungen mit einer schnellen Ratifizierung gerechnet, doch jetzt würden sich beide Seiten gegenseitig eines Verschleppens der Ratifizierung beschuldigen. Die Regierung der BRD sei der Meinung, dass das Fehlen von für den Westen annehmbaren sowjetischen Vorschlägen zur Regelung der Berlin-Frage ein Haupthindernis für die Vertragsratifizierung darstelle. Die Sowjetunion ihrerseits würde die BRD einer Steigerung ihrer „demonstrativen Präsenz“ in Westberlin und einer hartnäckigen Betonung der Abhängigkeit der Vertragsratifizierung von einer „zufriedenstellenden Lösung“ der Berlin-Frage beschuldigen.

Die Wahrheit stelle sich dahingehend dar, dass beide Seiten auf ihre Art und Weise im Recht seien. Zur Beseitigung dieser Differenzen wäre die Herstellung eines engen Kontaktes zwischen der UdSSR und der BRD unerlässlich, jedoch wären die Westmächte in noch geringerem Maße an einer schnellen Lösung der Berlin-Frage interessiert, wenn sie Bonn und Moskau verdächtigen würden, hinter ihrem Rücken nach einer bilateralen Absprache zu streben.

Bei den in der Boulevardpresse veröffentlichten „Interviews“ sowjetischer Diplomaten handle es sich offensichtlich um ein taktisches Manöver der Sowjetunion, das darauf abziele, einen entsprechenden Einfluss auf den Westen auszuüben. Die westdeutsche Regierung habe dieses Manöver durchschaut und lasse sich nicht in die Irre führen.

Nach Meinung der Regierung der BRD gelte es, bei der Einschätzung der Perspektiven für die Ratifizierung des Moskauer Vertrages die innenpolitische Lage in der UdSSR zu berücksichtigen und im Besonderen auf die Präsenz einiger Akteure der sowjetischen Führung zu achten, die sich gegen eine Normalisierung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen aussprechen würden. Des Weiteren müsse man den Druck beachten, der auf die Sowjetunion seitens der DDR ausgeübt werde. Dennoch gäbe es keine Zweifel daran, dass sich das Interesse der sowjetischen Regierung an einer Vertragsratifizierung nicht verringert habe. Ein Scheitern dieses Vertrages, mit dem die UdSSR Hoffnungen auf einen Abbau der Spannungen in den Beziehungen mit dem Westen und auf eine Stärkung des Friedens verbinde, zöge für die sowjetische Außenpolitik unerwünschte Konsequenzen nach sich, und zwar:

- eine Verschlechterung des politischen Klimas in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD;
- eine allgemeine Verschlechterung der Beziehungen zwischen West und Ost, die vor allem Nixon zugutekommen würde, der glaubt, unter den Bedingungen einer zugespitzten Konfrontation sein Ansehen in den USA verbessern zu können;
- ein „Rechtsruck“ in der Außen- und Innenpolitik der BRD;
- eine Verstärkung des Widerstands seitens der BRD gegen die Anerkennung der DDR durch Drittstaaten;

---

\* RGANI, F. 5, op. 63, d. 622, S. 94f. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 25. März 1971, Nr. 759-g, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 12084, 25. März 1971, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-s/7.“ Hs.: „[2]5-s/7. Information auf der Rückseite.“ – Hs. verfügt: „Ins Archiv, [Unterschrift unleserlich], 14. April 1971“

- eine Aktivierung der Bestrebungen der sozialistischen Länder Osteuropas nach einer Befreiung von „sowjetischer Bevormundung“ in Fragen der Ausweitung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Westen, was zu einer weiteren „Aufweichung des Ostblocks“ führen würde;
- die Unmöglichkeit einer Einberufung einer Konferenz zu Fragen der europäischen Sicherheit.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

Čebrikov<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Hs. unterzeichnet.